Abend-Ausgabe.
Donnerstag, 19. September.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.

Stettiner Zeitung.

№ 438
Stettin, 1878.

Inserate: Die viergespaltene Petitzeile 15 Pf.
Redaction,
Druck und Verlag von R. Grassmann
Kirchplatz Nr. 3.

Abonnements-Einladung.

Unser geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen nud provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den auswärtigen, namentlich den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal täglich erscheinenden **Pommerschen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur **eine Mark fünfzig Pfennige.** Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark,** in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin,** 18. September. Auf Veranlassung des Handelsministers haben im Anschluß an die im vorigen Winter ausgearbeitete, den Mitgliedern des Landtags vorgelegte Denkschrift über die im preußischen Staate vorhandenen Wasserstraßen Erörterungen in Bezug auf die verschiedenen, in Frage kommenden Kanalprojekte stattgefunden. In Folge derselben ist man dem bereits früher befürworteten Gedanken wieder näher getreten, durch Herstellung eines Rhein-Weser-Elbe-Kanals die großen Stromläufe der westlichen Provinzen unter sich zu verbinden und dadurch gleichzeitig mit den Stromgebieten der östlichen Landestheile, welche bereits zu einem zusammenhängenden System der Binnenschifffahrt vereinigt sind. Die Bedeutung eines solchen Verbindungskanals, durch welchen mittelst der an das östliche Wasserstraßennetz bereits angeschlossenen Elbe eine das preußische Staatsgebiet in seiner ganzen Ausdehnung von Westen nach Osten durchschneidende Wasserstraße hergestellt werden würde, ist nicht zu bestreiten. Indeß fehlt es noch an positiven Nachweisungen, daß die zu erlangenden Vortheile von solcher Tragweite sein würden, um die sehr erheblichen Kosten aufzuwiegen. Es sind nun die erforderlichen Einleitungen getroffen worden, um durch besondere, aus den Kreisen der Interessenten gebildete Komitees unter Leitung der betreffenden Oberpräsidenten die Angelegenheit unter dem erwähnten Gesichtspunkte prüfen zu lassen. Bezüglich des Rhein-Weser-Kanals hat bereits im vorigen Monat eine Verhandlung unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Westfalen stattgefunden. Die Staatsregierung widmet dem großartigen Unternehmen das lebhafteste Interesse. Da es sich jedoch um einen Aufwand von 130 Millionen Mark für den Kanal allein handelt, für welchen eine direkte Rentabilität kaum in Aussicht genommen werden kann, so muß die Sicherheit des indirekten Nutzens um so eingehender geprüft werden.

Nachdem am 7. Juli durch Staatsvertrag zwischen Preußen und Lippe das Uebereinkommen getroffen ist, eine Bahn von Herford nach Detmold zu bauen, ist durch Allerhöchste Konzessions-Urkunde der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft der Bau und Betrieb dieser Bahn für das preußische Staatsgebiet ertheilt worden. Die Bahn muß binnen 2 Jahren nach Ertheilung der Konzession betriebsfähig sein. Die Beschaffung des Baukapitals, soweit dasselbe nicht durch den von der lippeschen Regierung zu leistenden Zuschuß von 1½ Millionen Mark gedeckt wird, soll durch Ausgabe von Prioritätsaktien erfolgen.

Für die zweite Hälfte dieses Monats steht die Eröffnung von sieben neuen Telegraphen-Anstalten, darunter zwei mit Fernsprechern, bevor.

Die günstige Auffassung hinsichtlich der von der nationalliberalen Partei dem Sozialistengesetze gegenüber zu erwartenden Haltung wird auch von der heutigen „Prov.-Korr." getheilt. Der einzige nationalliberale Redner, der bei der ersten Lesung zu Worte kam, der Abg. Bamberger, erklärte zwar, nur im eigenen Namen, nicht im Namen der Partei zu sprechen; wie jedoch verlautet, war der Abg. Gneist ausersehen, im Namen der Fraktion das Wort zu ergreifen, und nach der Haltung dieses Abgeordneten schon bei der ersten Vorlage kann man annehmen, daß er den Standpunkt ablehnender Opposition nicht vertreten haben würde.

Der Chef der Admiralität wird während seiner Abwesenheit von Berlin (bekanntlich befindet sich derselbe in Kiel zur Inspizirung) durch den heute früh aus England zurückgekehrten Direktor im Marine-Departement, Vice-Admiral von Henck, vertreten werden.

Unter den Gaben, welche zur Unterstützung der Hinterbliebenen der mit dem „Großen Kurfürsten" Verunglückten der Admiralität zugegangen sind, befinden sich auch 500 Mark von der deutschen Kolonie in Kairo, 3178 Mark von der Besatzung des Schiffes „Elisabeth" und 2500 Mark von der deutschen Kolonie in Singapore.

Das Kriegsministerium hat bestimmt, daß Unteroffiziere, welche nach zwölfjähriger aktiver Dienstzeit als invalid ausscheiden und nach den gesetzlichen Bestimmungen zum Empfang des Civilversorgungsscheines berechtigt sind, an Stelle desselben eine einmalige Beihülfe von 165 Mark verlangen können. Beim Uebertritt zur Landgendarmerie und Schutzmannschaft erhalten diese Unteroffiziere dieselbe Beihülfe; bei dem Ausscheiden aus diesen beiden Instituten wird jedoch eine solche Beihülfe nicht gewährt.

Zur Beseitigung von Zweifeln, die bei Anwendung der Bestimmungen hinsichtlich der Organisation der Staatseisenbahn-Verwaltung entstanden sind, bemerkt der Handelsminister in einem Erlaß vom 3. d. Mts., daß zu den Unterbeamten, welche lediglich im Kündigungs-Verhältniß angestellt werden, auch die Billetdrucker, Magazinaufseher, die Brücken-, Maschinen- und Krahnwärter, die Krahnmeister, Kohlenmesser und Trajektaufseher gehören, während die Telegraphisten, Wagen- und Rangirmeister fest angestellt werden können.

Berlin, 18. September. Die „Prov.-Korr." schreibt: Unser Kaiser hat die Badekur in Gastein am Freitag (13.) beendet und am Sonnabend (14.) unter den Segenswünschen der Bevölkerung und der Badegäste den Kurort verlassen, dessen stärkende und belebende Kraft sich an Sr. Majestät von Neuem in erfreulichster Weise bewährt hat. Der Kaiser hat sich über Salzburg und München nach Wilhelmshöhe bei Kassel begeben, wo dem verehrten Fürsten, sowie der am Abend zuvor (14.) aus Koblenz eingetroffenen Kaiserin ein überaus herzlicher Empfang bereitet war. Als ein neues Anzeichen der glücklich fortgeschrittenen Wiederherstellung Sr. Majestät wird berichtet, daß derselbe bereits wieder das Pferd besteigen kann. Ihre Majestäten werden bis nach Beendigung der Manöver des 11. Armeekorps auf Wilhelmshöhe verweilen, — am 26. sich nach Köln und am 28. oder 29. nach Baden-Baden begeben, wo am 30. der Geburtstag der Kaiserin begangen wird. Der gemeinsame Aufenthalt in Baden-Baden wird sich voraussichtlich noch eine Zeit lang in den Oktober erstrecken.

— Erst jetzt läßt sich mit Sicherheit die Stärke der Fraktionen im Reichstage ersehen. Nach den bisherigen Feststellungen hat die deutsch-konservative Partei 57 Mitglieder und 2 Hospitanten, ist also die Zahl 59 in Anschlag zu bringen, die deutsche Reichspartei hat 51 Mitglieder und 4 Hospitanten, ist also auf 55 zu veranschlagen; die Nationalliberalen haben 96 Mitglieder und 1 Hospitanten, für sie ist die Zahl 97 zu rechnen; die Gruppe Löwe hat 6, die Fortschrittspartei 26, die Volkspartei 3, das Centrum 93 Mitglieder und 10 Hospitanten, kommt also mit der Zahl 103 in Rechnung, die Polen haben 14, sowie die Sozialdemokraten 9 Mitglieder. Die Elsässer und die Liberalen, die sich keiner Gruppe angeschlossen haben, zählen zusammen 22 Abgeordnete. Von den Abgeordneten, welche man bisher noch nicht bestimmt zu rubriciren vermochte, ist der baierische Abgeordnete Freiherr von Lerchenfeld der Reichspartei beigetreten; der Abgeordnete Dietze (sächsischer Gutsbesitzer, nicht der unterlegene Amtsrath Dietze, der Freund der Familie Bismarck) hospitirt bei derselben Fraktion. Der würtembergische Abgeordnete von Bühler-Oehringen, welcher früher zur Reichspartei gehörte, am 24. Mai gegen das Sozialistengesetz stimmte, ist jetzt keiner Fraktion beigetreten. Der baierische Abgeordnete von Feder ist Hospitant bei den Nationalliberalen. Der Abgeordnete von Ludwig, welcher früher dem Centrum angehörte, ist jetzt „wild" geblieben. Der Abgeordnete v. Buddenbrock-Marienwerder ist der Reichspartei, der Abgeordnete Regierungspräsident v. Flottwell-Flatow ist nicht, wie man in seinem Wahlkreise glaubte, der Reichspartei, sondern den Deutschkonservativen beigetreten.

— Die Eisenenquete-Kommission, welche ihre Arbeiten am Montag wieder aufgenommen und an dem Tage zwei Sitzungen bis spät in den Abend hinein gehalten hat, ist heute früh wieder zusammengetreten. Man hofft, die Feststellung der Fragebogen, um welche sich innerhalb der Kommission ein heftiger Kampf entsponnen hat, im Laufe dieser Woche zu beendigen. Die Sachverständigen-Vernehmungen sollen im November ihren Anfang nehmen.

— Von sehr großem Interesse ist die Berechnung, welche ein Wiener Blatt über die Kosten der Okkupation aufstellt. Darnach braucht die österreichische Okkupationsarmee bei ihrem heutigen Stande von 200,000 Mann täglich eine Million Gulden. So lange der Stand geringer war, brauchte man natürlich auch in demselben Verhältniß weniger, aber von dem 60-Millionenkredite soll, was wohl glaublich erscheint, doch nichts mehr übrig sein und die Regierung selber soll bis zum Zusammentritt der Legislativen weitere 25 Millionen Gulden aufzunehmen beschlossen haben. Da Niemand zu sagen vermag, wie lange die Aktion bis zur Durchführung der Okkupation noch wird dauern müssen, erweckt dieser Bedarf im Hinblick auf die ohnehin nicht günstig stehenden österreichischen Finanzen manche Besorgnisse.

— Andere Parlamente hätten wochenlang über eine Vorlage wie das Sozialistengesetz gesprochen. Im deutschen Reichstag ertrugen alle Parteien schon mit einer gewissen Ungeduld den zweiten Verhandlungstag, abgesehen von dessen sensationellen Vorgängen, und für einen dritten Tag hätte es an jeder Stimmung gefehlt. In anderen Parlamenten giebt es in allen Parteien eine größere Anzahl von Abgeordneten, die sich nicht beruhigen können, sollten sie in einer wichtigen Frage nicht gesprochen haben. Im Reichstag gilt es jetzt beinahe schon wie selbstverständlich, daß ein paar hervorragende Männer die Stellung ihrer Parteien kurz bezeichnen und damit die Diskussion zu Ende ist. Es ist das für die Verhandlungen des Reichstages außerordentlich fördernd nnd bei der Masse der parlamentarischen Arbeit auch gar nicht anders durchführbar. Zu leugnen ist jedoch nicht, daß damit eine gewisse Eintönigkeit in das Gesammtbild kommt. Die Technik des Parlamentarismus ist in Deutschland in kurzer Zeit zu einer gewissen Vollkommenheit gelangt und neben den festen Bestimmungen der Geschäfts-Ordnung hat sich ein mehr flüssiges Gewohnheitsrecht gebildet, nach welchem die mannichfaltigen Geschäfte des Hauses geführt werden. So hat die Bildung der Sozialistengesetz-Kommission einen Gang genommen, den man ohne die Hervorhebung einer Reihe von Thatsachen außerhalb des Parlaments gar nicht verstehen wird.

Die großen Fraktionen des Reichstages, als Nationalliberale, Fortschritt, deutsche Reichspartei, Deutschkonservative und Centrum bilden einen gemeinschaftlichen Berathungskörper durch Entsendung von Delegirten, die am Anfang jeder Session für die Dauer derselben von der betreffenden Fraktion gewählt werden. Diese Körperschaft heißt nach einem dem Universitätsleben entnommenen Namen „Seniorenkonvent". Es ist dies gleichsam der internationale Kongreß des Hauses, in welchem Mehrheitsbeschlüsse nicht gefaßt werden, sondern für geschäftliche Fragen die Verständigung gesucht wird. Zu Beginn der Session stellt der Seniorenkonvent an der Hand des Stärkeverzeichnisses der Fraktionen fest, wie viel Mitglieder jede Fraktion in die Kommissionen je nach der Mitgliederzahl derselben zu entsenden hat. Nach der Geschäftsordnung sollen die sieben Abtheilungen, in welche die Mitglieder des Hauses in gleicher Zahl eingeloost werden, die Kommissionsmitglieder wählen. Diese Wahl wird jedoch regelmäßig zur reinen Formalität, da die Fraktionen mittelst des Seniorenkonvents sich gegenseitig bereits vorher die Mitglieder namhaft gemacht haben, die sie nach Maßgabe der ihnen zukommenden Zahl in die bezügliche Kommission entsenden wollen, und daraus nun eine gemeinschaftliche Liste für alle Fraktionen angefertigt wird. Aus dieser Liste werden den Abtheilungen die Namen bezeichnet, die gerade von ihnen zu wählen sind und diese Wahl vollzieht sich durch Akklamation.

Bei Gelegenheit des Sozialistengesetzes erhob sich bezüglich der Vertheilung ein Anstand. Bei einer Anzahl von 21 Kommisstonsmitgliedern beanspruchten die Konservativen 7 Mitglieder, während die anderen Fraktionen ihnen nur 6 zubilligen zu können glaubten. 6 Plätze fielen den Nationalliberalen, 6 dem Centrum, 2 der Fortschrittspartei unbestritten zu. Jenen einen streitigen Platz wollte man den kleinen Gruppen des Hauses dann überlassen, welche ein Mitglied bezeichnen sollten; da aber unter diesen eine Uebereinstimmung gleichfalls nicht zu erzielen war, so griff der Seniorenkonvent in einem höchst einfachen und sinnreichen Auskunftsmittel auf die Geschäftsordnungseinrichtung zurück, wonach die Kommission von den Abtheilungen gewählt werden muß und zwar in folgender Weise: Es wurde durch das Loos die zweite Abtheilung bestimmt, welche außer den zwei auf sie entfallenden vereinbarten Mitgliedern ein drittes aus selbstständiger Wahl zu entsenden hatte. Bei der Abstimmung fielen 20 Stimmen auf den Abgeordneten Dr. Gneist, 6 Stimmen auf den Abgeordneten Bebel; namentlich stimmten die konservativen und freikonservativen Abgeordneten, die zufällig in der zweiten Abtheilung die Mehrheit haben, für Herrn Gneist.

Eine Verabredung von Fraktion zu Fraktion hatte in keiner Weise stattgefunden und war es eine „freie Gnadenwahl", mit welcher die Konservativen einen weiteren Nationalliberalen in die Kommission beriefen auf einen Platz, welchen die nationalliberale Fraktion nicht beansprucht hatte. Im Uebrigen entsenden die Fraktionen folgende Mitglieder: die Nationalliberalen: von Bennigsen, von Stauffenberg, Lasker, von Puttkamer (Fraustadt), Harnier, von Schauß; die Freikonservativen: von Schwarze, von Kardorff, v. Schmidt (Würtemberg); die Konservativen: v. Helldorff-Bedra, v. Goßler, Ackermann; die Fortschrittler: Dr. Hänel, Hoffmann; das Centrum: Moufang, v. Hertling, Reichensperger (Olpe), Brüel, Graf Galen und Hauck. Die Kommission hat sich bereits konstituirt, v. Bennigsen zum Vorsitzenden, v. Schwarze zu dessen Stellvertreter, Hoffmann und v. Goßler zu Schriftführern erwählt. Ein Meisterstück parlamentarischer Technik, wie es nur besondere Begabung und lange Uebung leisten kann, war jedenfalls gestern auch die Leitung der Verhandlungen durch den Präsidenten des Reichstages. Persönliche Diskussionen, wie sie gestern vorherrschten, bilden ein gefährliches Fahrwasser, in welchem eine sehr sichere Hand am Steuer stehen muß, soll die parlamentarische Ordnung nicht in schwer zu entwirrende Lärm- und Skandalszenen sich verkehren. Die mitgetheilten Verhandlungen ergeben, wie trotz der stürmisch erregten Leidenschaften es Herrn v. Forckenbeck gelang, den ruhigen Gang der Verhandlungen zu sichern und wo er gestört war, wiederherzustellen.

Die nächste Sitzung des Reichstages wird in unbestimmter Frist — in 8 oder 14 Tagen sagte Herr v. Forckenbeck — anberaumt werden. Zwei Kommissionen, die für das Sozialistengesetz und die Wahlprüfungs-Kommission, müssen erst das Material vorbereiten, welches die Plenarsitzungen weiter beschäftigen soll.

Ausland.

Wien, 17. September. Keiner Seele hier fällt es mehr ein, von der österreichisch-türkischen Konvention zu sprechen, wiewohl der türkische Konventions-Unterhändler par excellence Karatheodory Pascha es sich hier ganz wohl ergehen läßt. Der fortgesetzte Aufenthalt des genannten türkischen Diplomaten in Wien wird vielfach dahin gedeutet, daß die Angelegenheit der Konvention noch immer nicht als so ganz zu den Todten geworfen anzusehen sei. Diese Deutung hat insofern ihre Berechtigung, als thatsächlich die betreffende Frage, wenn sie auch hier vollständig ruhen gelassen wird, in

Konstantinopel keineswegs als von der Tagesordnung ganz und definitiv abgesetzt betrachtet wird. Nach authentischen Mittheilungen, welche uns über diesen Gegenstand zugehen, stellt sich die Sachlage wie folgt dar:

Am 7. September hat der türkische Ministerrath vorzugsweise über Befürwortung des Großvezirs Savfet Pascha mit Majorität beschlossen, dem Sultan die Unterzeichnung der Konvention auf Grund des letzten Entwurfes des Grafen Andrassy anzurathen. Der betreffende Ministerrathsbeschluß liegt auch seit jenem Tage dem Sultan vor, welcher aber den dem Konventionsabschlusse feindlichen Rathschlägen des Kriegsministers Mehemet Phosphor Pascha mehr Gehör als den Vorstellungen Savfet Pascha's schenkt, welche sich auf das Argument stützen, daß die Eroberung Bosniens den Oesterreichern einen dauernden und endgiltigen Titel auf den Besitz der eroberten Provinzen geben werde. Mustapha Pascha räth hingegen dem Sultan, die braven Bosniaken nur machen zu lassen, die mit Hilfe der Albanesen die Oesterreicher schon zu Paaren treiben werden. Abdul Hamid, welcher kein Verständniß für den Ideengang des Großvezirs hat, findet an der Meinung seines Kriegsministers Gefallen, die auch seinen religiösen Skrupeln entgegenkommt, welche es ihm nicht gestatten, die mohamedanischen Glaubensbrüder in Bosnien im Stiche zu lassen. So steht es in Wirklichkeit mit der Konvention, welche nicht leben, aber auch nicht sterben kann. Im Uebrigen spricht, wie bereits Eingangs erwähnt, hier Niemand mehr davon, was auch in Anbetracht der faktischen Verhältnisse in Bosnien, die sich zu einem ganz respektablen Krieg entwickelt haben, nur zu begreiflich ist. Momentan ruhen die diplomatischen Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Pforte vollständig und konzentrirt sich die ganze diesseitige Aufmerksamkeit auf die Bewältigung der militärischen Aufgabe. Im Zusammenhange mit der dieserhalb entwickelten Aktivität steht die Beachtung, welche man gewissen subsidiarischen Fragen technischer und finanzieller Natur schenken muß.

Paris, 16. September. Der gestrigen Revue von Vincennes wird hier eine solche Wichtigkeit beigelegt, daß die Journale nicht allein darüber eingehend berichten, sondern derselben auch lange Leitartikel widmen, die wenigstens in allen bedeutenden Blättern recht vernünftige Anschauungen enthalten, keine zu große Ueberschätzung zur Schau tragen und meistens auch mit der Erklärung schließen, daß die französische Republik die nunmehr wiedergewonnene militärische Stärke lediglich „im Interesse des Friedens" verwenden werde.

Die Journale, in denen wirklich kompetente Militärschriftsteller über die Revue berichten, wie namentlich das „Journal des Debats" und der „Temps" hüten sich wohl, die gestrigen Leistungen als musterhafte zu bezeichnen und aus denselben den Schluß zu ziehen, daß die neue französische Armee jetzt einen Vergleich mit der deutschen Armee nicht mehr zu scheuen habe. Theilweise sind die Kritiker dieser Blätter sogar ungerecht in ihrem Urtheile und zwar speziell in Bezug auf die Kavallerie, deren gestrige Leistungen im Allgemeinen Lob verdienen. Ich drücke dabei nicht allein mein eigenes Urtheil aus, sondern kann dasselbe durch Aeußerungen bestätigen, welche ich gestern Abend aus dem Munde mehrerer höherer Kavallerieoffiziere der preußischen Armee hörte, welche sich hier zum Besuche der Ausstellung aufhalten und als Zuschauer der Revue beigewohnt hatten. Es wurde mir namentlich von dieser Seite das 11. Husarenregiment als ein solches bezeichnet, das ohne weiteres mit unseren Gardekavallerieregimentern auf dem Tempelhofer Felde manövriren könne. Auch das absprechende Urtheil über die beendeten Manöver des vierten Armeekorps unter General Deligny, welches mehrere Blätter veröffentlichen, soll nach dadurch zuverlässigen Mittheilungen keineswegs begründet sein, und ich kann versichern, daß die fremden Offiziere, welche diesen Manövern beigewohnt haben, sich in durchaus anerkennender Weise über dieselben aussprechen und namentlich über die von den Mannschaften gezeigte Leistungsfähigkeit des Lobes voll sind.

In dieser Beziehung muß ich noch erwähnen, daß die deutschen Offiziere, General v. Loe, Oberstlieutenant von Bülow u. s. w., welche in voriger Woche den Manövern des 7. Armeekorps unter dem Herzog von Aumale beigewohnt haben, die äußerst zuvorkommende und liebenswürdige Aufnahme rühmen, welche ihnen seitens des Höchstkommandirenden, wie überhaupt seitens des ganzen Offizierkorps zu Theil geworden ist. Ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich von einem Diner erzähle, welches ein Divisionskommandeur zu Ehren der den Manövern beiwohnenden fremden Offiziere gab und wobei derselbe in schwungvollen Worten einen Toast auf den deutschen Kaiser, „le glorieux guerrier," „le plus ancien soldat," ausbrachte, worauf General Baron v. Loe in bewegten Worten dankte und seinen Toast der glorreichen französischen Armee widmete.

Wie bereits mitgetheilt, werden die deutschen Offiziere sich morgen nach dem Norden zu dem Armeekorps des Generals Clichant begeben, der bekanntlich mit Recht oder Unrecht in dem Rufe steht, der republikanischen Regierungsform durchaus ergeben zu sein, während das Hauptquartier des Herzogs von Aumale, das die Herren eben verlassen haben, von den Republikanern „als ein Sammelplatz aristokratischer Gesinnungen" verdächtigt wird.

Paris, 17. September. Nach den bereits vorliegenden Depeschen gestaltet sich die Reise Gambetta's zu einem wahren Triumphzuge. Als der Chef der republikanischen Partei heute Morgen um 6 Uhr in Lyon eintraf, waren tausende von Menschen auf dem Bahnhofe anwesend, und der Präfekt an der Spitze des Gemeinderathes begrüßte den Führer der Linken. In Vienne und St. Rambert erfolgte ein gleich enthusiastischer Empfang, und in Andancette fand ein feierlicher Einzug Gambetta's an der Seite des Maire durch die mit zahlreichen Triumphbogen geschmückten Straßen statt. Tausende von Landleuten waren herbeigeströmt, um Gambetta zu begrüßen. In seiner Erwiderung auf die Anrede des Maire äußerte Gambetta: Die Republikaner würden ihr Banner so hoch pflanzen, daß Niemand wagen werde, Hand anzulegen. Nachdem Gambetta bei dem in Andancette begüterten ehemaligen Minister und gegenwärtigen Gouverneur des Crédit foncier, Christofle, das Frühstück eingenommen hatte, setzte er auf einem reich geschmückten Dampfer auf der Rhone die Reise nach Valence fort. Unterwegs wurde er namentlich in Saint Vallier und Tain von der herbeigeströmten Bevölkerung mit südfranzösischem Enthusiasmus begrüßt. Um 5½ Uhr erfolgte die Ankunft Gambetta's in Valence, woselbst der Enthusiasmus nach den mir vorliegenden Telegrammen ein unbeschreiblicher war. Heute Abend findet ein Bankett im Theatersaale statt und morgen früh erfolgt die Weiterreise nach Romans, wo Gambetta in einem besonders erbauten Cirkus eine Rede halten wird.

Provinzielles.

Stettin, 19. September. Die Hülfsarbeiter Jastrow und Kalkbrenner waren gestern Abend auf dem Hafenbahnhofe der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn mit Abladen von Maschinentheilen beschäftigt. Dabei fiel ein Stück vom Waggon und auf die beiden Arbeiter, wodurch Ersterer einen Bruch des rechten Unterschenkels, Letzterer eine Quetschung des linken Fußgelenkes erlitt.

— Der frühere Arbeiter Karl Ferdinand Lorenz, welchem wegen einer früheren Verunglückung das rechte Bein amputirt und durch ein künstliches ersetzt war, befand sich am 17. d. Mts. Abends in dem Geschäft Wallstraße 17/18. Gegen 10 Uhr wurde er von seiner Frau abgerufen und benutzte er eine ziemlich enge und gewundene Treppe, um in seine Wohnung zu gelangen. Auf der dritten Treppenstufe kaum angelangt, verlor Lorenz das Gleichgewicht und fiel so unglücklich auf den Hinterkopf, daß er in Folge dessen gestern Morgen an Gehirnerschütterung und Sprengung eines Blutgefäßes im Gehirn verstarb.

— Ganz im Gegensatze zu den Vorstehern der hiesigen Kaufmannschaft, welche es theilweise nicht unterlassen konnten, gegen die Wahl ihres Kollegen, des Herrn Stadtrath Schlutow, zum Reichstage aufzutreten, veröffentlicht auf der andern Seite das unbestritten erste Handelsblatt Deutschlands, die „Berliner Börsen-Zeitung", einen sehr warmen und sympathischen Artikel für Herrn Schlutow. Das genannte Blatt schreibt:

Am 24. d. M. findet in Stettin die Stichwahl zwischen den beiden Reichstags-Kandidaten A. Schlutow und Dr. Kapp statt. Es läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, welchem der genannten Herren der Sieg zufallen wird, wenn man aber die kolossalen Aufrufe und Ermahnungen liest, welche, versehen mit einer pomphaften Liste von Namensunterschriften, im Inseratentheil der Stettiner Blätter veröffentlicht werden, wenn man von den Anstrengungen hört, die sonst noch zu Gunsten des Herrn Kapp gemacht werden, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Partei des Herrn Dr. Kapp des Erfolgs keineswegs sicher ist. Der natürliche Vertreter einer großen Handelsstadt ist unseres Erachtens ein Kaufmann, ein der Stadt selbst zugehöriger Bürger, der ihre Verhältnisse wie ihre Bedürfnisse kennt und im Stande ist, für die letzteren einzutreten, wo es gilt, nicht aber ein Parteimann, der von vornherein auf ein gewisses politisches Programm verpflichtet ist und der nur zu leicht in die Lage kommen kann, die Interessen seines Wahlkreises den Interessen der Partei oder den Aspirationen einer gewissen politischen Richtung zu opfern. Es ist gerade ein Prinzipalfehler, der nur zu häufig vorkommt, daß in unserem Repräsentativsystem die Rücksicht auf die hohe Politik und auf die Parteischattirung dominirt und eine nach jeder Richtung hin berechtigte, ja sogar wünschenswerthe Vertretung der materiellen Interessen in den Hintergrund drängt. Daß die Wählerschaft von Stettin mindestens zu einem sehr großen Theil die eben dargelegte Ansicht hegt, beweist die beträchtliche Anzahl der Stimmen, welche im ersten Wahlgange Herrn Schlutow zugefallen sind. Im Interesse der Stadt Stettin selbst wie auch im Interesse des Reichstags, dem es so sehr an tüchtigen Männern der Praxis fehlt, ist aber jedenfalls dringend zu wünschen, daß bei der Stichwahl noch mehr als bei der ersten Wahl die oben kurz angedeuteten Momente zur Geltung gelangen.

— Zur Warnung theilen wir folgenden Fall mit: Vor der 9. Kriminaldeputation des Berliner Stadtgerichts war der Nagelschmied und Musikus Wolff unter der Anklage des Betruges, weil er am 8. September auf der Stettiner Bahn von Berlin bis Pasewalk ohne Billet mitgefahren war. In letzterem Orte wurde er von dem Schaffner Gemtzky ohne Billet befunden und von der Weiterfahrt nach Anklam ausgeschlossen. Er gab an, daß er auf dem Berliner Bahnhofe von einem nicht rekognoszirten Schaffner aufgefordert sei, gegen ein kleines Douceur ohne Billet zu reisen. Der Gerichtshof verurtheilte ihn wegen Betruges zu 14 Tagen Gefängniß, wobei er annahm, daß der Angeklagte irgend eine positive Handlung begangen haben müsse, um sich der Kontrole des kontrolirenden Beamten zu entziehen, und daß eine Unterdrückung einer Thatsache darin zu finden sei, daß er auf die Frage des Schaffners nach den Billets der Neuhinzugekommenen geschwiegen habe.

Stargard, 18. September. Se. Kgl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin kehrte heute Nachmittag gegen 2 Uhr in Begleitung des Herrn Landraths v. Nickisch-Rosenegk und seiner Adjutanten von den Manövern bei Pansin nach unserer Stadt zurück, um sich von hier direkt zu den Manövern des 11. Armeekorps nach Wilhelmshöhe bei Kassel zu begeben. Vor der Abreise besichtigte der Großherzog die Marienkirche, in welcher sich die Geistlichen der Stadt im Ornate zur Begrüßung eingefunden hatten. Ein Gesangchor trug unter Begleitung der Orgel einige Lieder vor. Auf dem Bahnhofe wurde Se. Königliche Hoheit durch die Kapelle des Kolberger Grenadier-Regiments begrüßt, welche ihre Weisen bis zum Abgange des Zuges erschallen ließ.

Greifswald, 17. September. Die generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Stralsund über Barth, Damgarten nach Rostock sind dem Baumeister Froelich übertragen; dieselben werden sofort in Angriff genommen.

— Dem „baltischen Central-Verein" zur Beförderung der Landwirthschaft sind die Rechte einer juristischen Person verliehen, nachdem das neue Statut desselben durch Allerhöchste Kabinets-Ordre bestätigt worden ist. — Die Kontrolstation zu Eldena hat den Vertrag publizirt, welcher von der agrikulturchemischen Versuchsstation des landwirthschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen mit den Händlern von künstlichen Düngemitteln über die Untersuchung derselben abgeschlossen und der bis auf Weiteres auch für die Kontrolstation zu Eldena maßgebend ist. Ist gleich in diesem Vertrage nur von Analysen von Düngemitteln, Erdproben, Wasser, Futtermitteln und Sämereien die Rede, so hoffen wir, daß die Kontrolstation auch die menschlichen Nahrungsmittel eintretenden Falls einer Untersuchung unterwerfen wird.

Stralsund, 17. September. Bei der heute von dem Wahlkommissarius Herr Landrath v. Wedell aus Greifswald im „Hotel de Brandebourg" abgehaltenen Wahl eines Kommunal-Landtags-Abgeordneten und Stellvertreters für die kollektiv wählenden Städte Grimmen, Tribsees, Richtenberg, Damgarten, Franzburg, Gützkow, Bergen und Garz auf die sechsjährige Wahlperiode vom 1. Oktober c. bis 30. September 1884 sind die bisherigen Vertreter des Wahlverbandes, Herr Bürgermeister Dettmann aus Grimmen als Abgeordneter und Herr Senator Berger aus Bergen als Stellvertreter, wieder gewählt worden.

Vermischtes.

— Aus Guben, 16., wird mitgetheilt, daß in einem in dortiger Gegend geschossenen Dachse Trichinen aufgefunden worden sind. Das Faktum ist folgendes: Eine Jagdgesellschaft wollte sich heute Abend einen geschossenen Dachs braten lassen. Durch Zufall schritt man vorher zur Untersuchung des Fleisches, bei welcher das Vorhandensein von Trichinen durch die amtliche Fleischschau festgestellt wurde. Der Schreiber dieses hat in dem von ihm gesehenen Präparat die Anwesenheit von 2 eingekapselten Trichinen konstatirt.

— (Eine Schwiegermutter als Taglia.) „Gaulois erzählt folgendes launiges Geschichtchen: „Ein Bauer, mit einem derben Knüttel bewaffnet, tritt vor den Präsidenten eines Thierschutzvereins. „Ich begehre meine Prämie", sagte er. „Wofür?" fragt der Präsident. — „Ich habe einem Wolf das Leben gerettet. Ich hätte ihn mit diesem Knüttel da niederschlagen können, ohne daß er Zeit gehabt hätte, sich zu mucken." — „Und was hat das mit dem Wolf für eine Bewandtniß? Wo war er? Was hat er gethan?" — „Er hat meine Schwiegermutter aufgefressen." — Der Präsident überlegte einen Augenblick und erwiderte endlich: „Mein Freund, ich finde, daß Sie genug belohnt sind."

Literarisches.

Vom Bodensee, früheren Rheinthalgletscher und aus dem Bregenzer Walde von A. W. Grube, Verfasser der geographischen Charakterbilder ꝛc. 7 Bogen 8, mit 13 ff. Holzschnitten, geheftet 2 M., elegant geb. 3 Mk.

Die Klarheit und Anschaulichkeit, die Lebendigkeit und Frische der Darstellung macht Grube's Schriften bei Alt und Jung beliebt. Das obige Büchlein, das in kurzen charakteristischen Zügen einen der schönsten Erdenwinkel schildert, empfiehlt sich ebensowohl zur Reiselektüre für solche, die den Bodensee erst kennen lernen wollen, als auch zur Erinnerung für die, denen die Gegend schon bekannt und lieb geworden ist.

Telegraphische Depeschen.

Kassel, 18. Septbr. Der Kaiser machte heute Vormittag halb 12 Uhr wieder einen Spazierritt im Park und fuhr dann gegen 1 Uhr im offenen Wagen durch die Hauptstraßen von Kassel, überall von den enthusiastischen Kundgebungen der dichtgeschaarten Volksmenge begleitet. Nach einem Besuche des Palais und des Schlosses Bellevue kehrte der Kaiser nach Wilhelmshöhe zurück. Die Kaiserin besuchte die Henschel'sche Fabrik und mehrere Wohlthätigkeitsanstalten.

Wien, 18. September. Meldungen der „Politischen Korrespondenz" aus Konstantinopel von heute:

Savfet Pascha soll in einer Cirkulardepesche an die diplomatischen Vertreter der Pforte im Auslande die Verantwortlichkeit für die Ereignisse in Bosnien und in der Herzegowina abgelehnt und dabei betont haben, daß die Pforte den Berliner Vertrag vollständig respektire.

Die Pforte scheint den Abschluß einer Konvention mit Oesterreich-Ungarn wieder lebhafter zu erörtern. Seit dem 7. September liegt dem Sultan ein Beschluß des Ministerraths vor, welcher die Unterzeichnung einer Konvention auf Grundlage der letzten österreichischen Vorschläge befürwortet. Savfet Pascha vertrat von Anfang an und vertritt heute noch die Opportunität des Abschlusses der Konvention, indem er geltend macht, daß die Existenz einer Konvention eo ipso die Fortdauer des Rechtstitels der Pforte auf den Besitz Bosniens involvire. Der Kriegsminister und die geistlichen Würdenträger bemühten sich, den Sultan gegen diese Anschauung einzunehmen.

Die Räumung der russischen Stellungen vor Konstantinopel wird jetzt sehr lebhaft betrieben. Man glaubt, das russische Hauptquartier werde Ende dieser Woche nach Adrianopel verlegt werden.

Dem Vernehmen nach soll es Layard gelungen sein, bei der Pforte die Annahme der Reformprojekte Englands für Kleinasien durchzusetzen.

Wien, 18. September. Von dem Kommando des 4. Armeekorps ist folgendes Telegramm hier eingegangen:

Von der 13. Truppendivision hat die 26. Infanteriebrigade am 16. September Dubrava an der Tinja erreicht, während die 25. Brigade nach einem hartnäckigen Gefechte das bis in die Nacht hinein dauerte, Loncare und Krespic besetzte. Am 17. September hatte die 13. Truppendivision sich zum Angriffe auf Novi Brda zu formiren und war die 25. Brigade mit dem linken Flügel an der Save à cheval der Straße von Samac entwickelt, während die 26. Brigade die Direktion gegen die Südseite von Novi Brda erhielt. Die Truppen rückten in einem hartnäckigen Feuergefechte vor und konnten anfänglich wegen des gänzlichen Mangels an Aussichtspunkten von Artillerie nur wenig unterstützt werden. Erst im weiteren Verlaufe des Vorrückens war es möglich, 3 Batterien in Feuer zu setzen. Die Infanterie gelangte bis an die Lisière des Ortes, erstürmte 2 daselbst angelegte Verschanzungen, von denen eine mit 2 Geschützen armirt war, und drang dann in den Ort ein, welcher sofort besetzt wurde. Der Widerstand war bis zum letzten Augenblick äußerst hartnäckig. Das Gefecht endete erst gegen 8 Uhr Abends. Es wurden 2 Geschütze und 2 Fahnen erbeutet. Die Verluste waren bis zum Abgang der Meldung noch nicht ermittelt und bis dahin nur die Verwundung von 4 Offizieren bekannt.

Wien, 18. September. Die Gerüchte, welche hier in kompetenten Kreisen über den Zustand und die Beschaffenheit nicht nur der Okkupations-, sondern der ganzen Armee von Mund zu Mund getragen werden, lauten sehr ungünstig und gehen sogar so weit, zu behaupten, daß es um dieselbe noch genau ebenso stehe, wie im Jahre 1866. Die Reorganisation steht demnach nur auf dem Papier und soll dies sogar betreffs der Präsenzziffer der Besatzungstruppen der Fall sein.

Paris, 18. September. Midhat Pascha hat heute eine längere Unterredung mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Waddington, gehabt.